

**Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsbezirks Offenthal vom 24.08.2009**

In den gut besuchten Jahresversammlung konnte Ortsbezirksvorsitzender Walter Haller, als besondere Gäste den Unterbezirksvorsitzenden der SPD im Kreis Offenbach und Landratskandidaten Carsten Müller, Bürgermeister Dieter Zimmer, Ortsvereinsvorsitzender Werner Müller und Stadtrat Heinz Georg Stöhs begrüßen.

Walter Haller ging in seinem Jahresbericht auf die im August 2008 durchgeführte Bürgerinformation zum Thema Umgehungsstraße Offenthal mit Staatssekretär Heinz Peter Güttler ein. Haller betonte, dass alle Punkte die Güttler angesprochen hatte, eingehalten wurden. So wurde kurzfristig nach dem Termin in Offenthal auf Initiative der örtlichen Bundestagsabgeordneten Uta Zapf, Herrn Güttler und Bürgermeister Dieter Zimmer ein Termin im Bundesverkehrsministerium in Berlin wahrgenommen, aus dem anschließend die Zusage der Finanzierung seitens des Bundes für die Offenthaler Straße gesichert wurde.

Der Planfeststellungsbeschluss wurde dann auch am 14. Mai vollzogen. Haller unterstrich die Meinung von Bürgermeister Zimmer, dass die Klageerhebungen von 8 Eigentümern aus seiner Sicht unfassbar seien und sich die Bewohner an den Offenthaler Hauptstraßen veräppelt vorkommen müssen.

Haller dazu: "Wir haben immer gelernt, Allgemeinwohl muss vor Einzelinteressen stehen. Wir hoffen, fast alle in Offenthal, dass dies bei der Umgehungsstraße Offenthal von den Gerichten genauso gesehen wird."

In der sich anschließenden Diskussion waren sich die Beteiligten einig, dass man nach einem solchen langen Warten auf die Planung davon ausgeht, dass sie tatsächlich gerichtsfest ist, und die Klagen, auch wenn sie zu einer Zeitverzögerung führen können, abgeschmettert werden, da die Argumente teilweise lächerlich sind. Z.B. fanden es die Mitglieder der SPD Offenthal verantwortungslos als Argument vorzubringen, dass Pferde und Reiter erschreckt werden, während auf der anderen Seite seit zig Jahren, hunderte von Anlieger täglich unter Gefahren, Lärm, Abgasen und Hupen in der engen Ortsdurchfahrt leiden müssen.

Bürgermeister Dieter Zimmer zeigte sich nach einem Gespräch mit dem Verkehrsministerium in Wiesbaden sehr zuversichtlich, dass die Klagen keinen Erfolg haben werden. Er berichtete auch von einem Gespräch im Verkehrsministerium in Wiesbaden, mit Vertretern der Stadt Rödermark, den Gemeinden Eppertshausen und Messel, sowie den Landkreisen Offenbach und Darmstadt-Dieburg. Zimmer ist davon überzeugt, wenn alle Beteiligten die Vereinbarung unterzeichnen, dass die Kreisstraße zwischen Epperthausen und Messel ausgebaut werden soll, die Stadt Rödermark ihre Klage gegen die Umgehungsstraße in Offenthal zurückzieht. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass täglich hunderte Autofahrer aus Rödermark auch im Stau in und vor Offenthal stehen, wenn zur Arbeit wollen oder von der Arbeit kommen.

Ortsvereinsvorsitzender Werner Müller bezeichnete die Argumente der Offenthaler Kläger als dumm und war der Meinung, dass die Veranstaltung im vergangenen August mit Staatssekretär Güttler richtig war und dem Planfeststellungsverfahren nochmals einen Schub gegeben hätte, da Herr Güttler bei den Offenthalerinnen und Offenthaler im Wort stand.

Ausführlich wurde das in den letzten Tagen in Offenthal diskutierte Thema Kunstrasenplatz am Sportplatz der Susgo in der Messeler Straße besprochen, Haller zeigte auf, dass bereits im Jahre 2002 den Offenthaler Sportlern ein Kunstrasenplatz zugesagt wurde. Beim Haushalt 2009 ist es dann mit einer Mehrheitseinscheidung von SPD, Grüne und FWG gelungen, die Mittel in den Haushalt einzustellen.

Haller sagte dazu wörtlich: "Nach diesen enormen Anstrengungen über die vielen Jahre, kann es jetzt nicht sein, dass der Bau an der Genehmigung der Kommunalaufsicht scheitert. Erstmals wenn seit vielen Jahren ein Haushalt gegen die Stimmen der CDU verabschiedet wurde, macht der Landrat (zugleich CDU-Kreisvorsitzender) bei einem Projekt Schwierigkeiten. Die jährliche Senkung der Kindergartenbeiträge in den vergangenen Jahren oder die unsinnigen Planungskosten für die Südumgehung Buchschlag/Sprendlingen in Höhe von Euro 400.000,00 (von der CDU Dreieich so

beschlossen) wurden dagegen von dem Landrat genehmigt. Haller vermutet, hier einen Zusammenhang.

„Wurde der Haushalt nicht mit CDU Stimmen beschlossen, dann habe ich Bedenken“, so denke offenbar der Landrat, meinte Haller. Zumal das Stadtparlament mit der Erhöhung der Grundsteuer auch etwas zur Verbesserung der Einnahmesituation getan hat, die geforderte Grundsteuererhöhung war höher, als von der Kommunalaufsicht gefordert um das Schwimmbad in Sprendlingen zu sanieren.

Von Bürgermeister Dieter Zimmer und dem Ortsvereinsvorsitzenden Werner Müller, auch zugleich Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag wurde versichert, dass Landrat Peter Walter ihnen in den letzten Wochen verschiedentlich die Zusage gemacht hat, dass der Sportplatz jetzt genehmigt wird. Beide gehen davon aus, dass der Landrat sein Wort hält.

Kreisbeigeordneter Carsten Müller will den Landrat auch nochmals ansprechen, und darauf drängen, dass die Genehmigung kurzfristig im Dreieicher Rathaus eingeht.

Carsten Müller ging auf die Bedeutung der Landratswahl am 27. September zusammen mit der Bundestagswahl ein. Er bescheinigte dem Ortsbezirk Offenthal eine gute Arbeit und hob hervor, dass der Landkreis Offenbach unter seiner Leitung als Sozialdezernent Bundesweit an der Spitze bei der Vermittlung von Arbeitslosen stehe. Er hoffe, dass es gelinge als Landrat gewählt zu werden. In Offenthal hat schon viele Veranstaltungen besucht und in den letzten Tagen auch Hausbesuche durchgeführt, die auf positive Resonanz gestoßen sind. Die SPD Offenthal sicherte Carsten Müller seine voll Unterstützung zu.

### **Juso-AG Dreieich mit neuem Vorstand**

„Wir blicken positiv in die Zukunft“, meinte der neue und alte Vorsitzende Max Schiemann während der Jahreshauptversammlung der Dreieicher Jungsozialisten am 29. Juli. In seinem Jahresrückblick machte er deutlich, dass die Jusos mit ihrer gestiegenen Mitgliederzahl in Zukunft stärker präsent sein können. Es beteiligen sich doppelt so viele junge SPD- und Juso-Mitglieder aus Dreieich aktiv am Parteileben als im Vorjahr. Entsprechend motiviert wollen die Jusos aktiver in die Politik der Stadt Dreieich und des Kreises Offenbach eingreifen.

Wie in jedem Jahr, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender bleibt Max Schiemann aus Sprendlingen. Weitere Vorstandsmitglieder sind Jan Eric Filipczak, Michael Löhr, Sven Mosenheuer (Sprendlingen), Celina Gharadaghy, Michael Möck (Dreieichenhain) und Maik Zimmer (Offenthal). Jan Eric Filipczak ist neuer Pressesprecher, Michael Möck übernimmt weiterhin die Schriftführung.

Neben den Vorstandswahlen wurden die Jusos vom Kreisvorsitzenden Felix Fischer auf die anstehenden Wahlkämpfe eingestimmt. Weiterer Gast war Rainer Jakobi, Fraktionsvorsitzender der SPD Dreieich mit seinem Bericht von der politischen Arbeit in Dreieich.



Ein Teil der Mitglieder des neuen Vorstands der Juso-AG Dreieich:  
Michael Möck, Max Schiemann (Vorsitzender), Sven Mosenheuer, Maik Zimmer und Michael Löhr.

## **Weibelfeldschule hoffentlich bald ganz offiziell Ganztagschule**

Der AK Soziales der SPD-Fraktion hat der Weibelfeldschule einen Informationsbesuch abgestattet. Die wesentliche Erkenntnis nach dem Gespräch mit Schulleiter Albert Schobbe war die Tatsache, dass der seit 2006 mehrfach beim Schulträger eingereichte Antrag auf „Einrichtung einer kooperativen Ganztagschule in gebundener Konzeption“ immer noch in der Schublade des Kreises und der Schulaufsicht schlummert. Die SPD-Fraktion fordert den Kreis als Schulträger auf, endlich über den Antrag positiv zu befinden.

Die Schule plant in der Startphase der betreuenden Ganztagschule je nach personellen und finanziellen Gegebenheiten erst mal mit dem Jahrgang 5 und eventuell parallel mit dem Jahrgang 7 zu beginnen. Der Aufbau des Ganztagsbetriebes soll sukzessive jahrgangsweise beginnen und zuerst mit der Betreuung in der sogenannten „Ganztagschule nach Maß“ von 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr von Montag bis Donnerstag und am Freitag bis 14 Uhr erfolgen. Dies alles ist dem Schulträger bereits bekannt und erst recht auch die Tatsache, dass an der Weibelfeldschule alle Voraussetzungen – einschließlich der räumlichen – für eine ganztägig arbeitende Schule gegeben sind:

- Seit dem Jahr 2004 ist im Rahmen des PPP-Projektes des Kreises Offenbach die Schule von Grund auf saniert und z. T. neu gestaltet worden.
- Die Bibliothek ist für eine ganztägige Nutzung konzipiert und ausgestattet.
- Angegliedert an die Bibliothek sind Arbeitsräume zur Internet-Recherche und zur Stillarbeit. Für das schuleigene EDV-Konzept stehen 4 EDV-Räume mit 20 bis 30 Arbeitsplätzen zur Verfügung.
- Der Speiseraum der schuleigenen Cafeteria wurde vergrößert und versorgt Schüler/innen und Lehrer/innen mit Frühstücksangeboten und warmen Mahlzeiten.
- Die bereits in Kooperation mit der Stadt Dreieich vorhandene Hausaufgabenbetreuung soll so erweitert werden, dass sie nicht wie bisher an drei sondern mindestens an vier Wochentagen angeboten wird. Und dies auch weiterhin nach Altersgruppen und Fachbereichen.

Die SPD-Fraktion Dreieich ist nach dem Gespräch mit Schulleiter Albert Schobbe und einem Rundgang durch die Schule überzeugt, dass die Weibelfeldschule sehr gute Voraussetzungen zur Einrichtung einer Schule mit Ganztagsbetrieb bietet. Die SPD richtet deshalb jetzt einen öffentlichen Appell an den Kreis Offenbach als Schulträger, den Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm für ganztägig arbeitende Schulen positiv zu entscheiden. (Rolf Mühlbach, Pressesprecher)

## **PRESSEMITTEILUNG -- SPD Offenthal -- 05.05.2009**

### **Peinlich, Peinlich Herr Honka.**

Der SPD Offenthal freut sich sehr darüber, dass am kommenden Freitag der Hessische Verkehrsminister Dieter Posch nach Dreieich kommt, um den Planfeststellungsbeschluss für die Offenthaler Ortsumgehung zu unterzeichnen.

Ortsbezirksvorsitzender Walter Haller ist erleichtert darüber, dass alle Zusagen, die der Staatssekretär im Hessischen Verkehrsministerium Klaus-Peter Güttler (SPD) am 14.8.2008 bei einer Veranstaltung der SPD Offenthal in der Philipp-Köppen-Halle gemacht hatte, eingetroffen sind. Und man daran sieht, Versprechen von Politikern werden auch eingehalten. Diese Veranstaltung hatte übrigens der örtliche Landtagsabgeordnete Honka versucht zu unterlaufen, dies ist im aber nicht gelungen, so Haller weiter.

Güttler sagte damals zu, wenn die Planungen ohne Probleme laufen, dass im 1. Halbjahr 2009 mit der Planfeststellung zu rechnen sei.

Was Haller und seinen SPD Leuten in Offenthal aber auch sehr wichtig ist, dass Herr Güttler bei dieser Bürgerinformation einen Weg aufgezeichnete, wie die Finanzierung zu sichern ist.

So waren der Dreieicher Bürgermeister Dieter Zimmer (SPD), die Bundestagsabgeordnete Uta Zapf (SPD) und Staatssekretär Klaus-Peter Güttler in Berlin im Bundesverkehrsministerium und haben bei dem zuständigen Staatssekretär dafür gesorgt, dass Gelder des Bundes für die Offenthaler Umgehungsstraße noch in diesem Jahr bereitgestellt werden.

„Diesen 3 und dem Bundesverkehrsminister Tiefensee gehört ein besonderes Dankeschön aus Offenthal. Haller bedankt sich auch bei der BI Offenthal und hier insbesondere bei Günther Stapp und Josef Eichler, die mit beispielloser Energie die Realisierung der Umgehungsstraße begleiteten.

Jetzt hofft ganz Offenthal, dass es keine Klagen mehr gegen die Planfeststellung gibt und mit dem Bau bald begonnen werden kann.

Abschließend erklärte Haller, besonders peinlich sei es am letzten Montag gewesen, als der örtliche Landtagsabgeordnete Honka, CDU noch am Vormittag verkündete „Planfeststellungsbeschluss verzögert sich“ und am Montagmittag wurde aus Wiesbaden mitgeteilt, dass der Minister am Freitag nach Dreieich zur Unterschrift kommt. Damit hat Herr Honka wieder einmal die Offenthaler Bevölkerung verunsichert.

Nicht nur die SPD Offenthal fragt sich, wo bezieht ein Abgeordneter sein Infos her? Wie will er den Wahlkreis vertreten, wenn er keine aktuellen Informationen hat.

Offenbar kennt Herr Honka nicht die richtigen Wege in den Ministerien. Eigentlich schade.

## **PRESSEMITTEILUNG – AsF Dreieich – März 2009**

### **Spende der AsF für Ferienspielplätze für Kinder aus sozial schwachen Familien**

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen AsF Dreieich hat bei der Jahresabschlussfeier der SPD Dreieich durch eine amerikanische Versteigerung von Kopien historischer SPD-Plakate und durch Spenden der Mitglieder beim AsF-Abschlusssessen insgesamt 280 Euro gesammelt.

Dieses Geld soll für Ferienspielplätze für Kinder aus sozial schwachen Familien, insbesondere Migrantenfamilien, zur Verfügung gestellt werden. Trotz ermäßigter Gebühren (25 Euro für das erste Kind, 15 Euro für das zweite) können sich viele Familien die Teilnahme ihrer Kinder nicht leisten.

Angeregt wurden die Sozialdemokratinnen durch eine Spendenaktion einer Dreieicher Bürgerin im Jahre 2008, die den Besuch von 20 Kindern aus Hartz IV-Familien ermöglichte.

Die AsF ist eine Arbeitsgemeinschaft von aktiven SPD-Frauen, deren Jahresprogramm das breite Interessens-Spektrum dieser Gruppe zeigt. So werden neben der Diskussion über partei- und gesellschaftspolitische Themen – demnächst findet eine Veranstaltung zur Finanzkrise statt – auch kulturelle Veranstaltungen durchgeführt.

Dass aber auch kommunale Themen nicht zu kurz kommen, zeigt neben dieser Aktion auch die letztjährige Unterstützung des Fördervereins der Georg-Büchner-Schule, dem der Erlös aus einem Flohmarkt zugute kam.



## **Betriebsbesichtigung der SPD-Fraktion Dreieich bei der Firma Gerhardt Baustoffe in Dreieichenhain**

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dreieich hat im Rahmen ihrer turnusmäßigen Betriebsbesichtigungen in der vergangenen Woche die Firma Gerhardt Baustoffe in Dreieichenhain besucht. Unter den Vertretern der Fraktion, an ihrer Spitze der Fraktionsvorsitzende Rainer Jakobi, war auch Bürgermeister Dieter Zimmer.

In dem neu errichteten Kompetenz-Zentrum fürs Bauen, hat der Eigentümer der Firma Gerhardt, Herr Reinhold Gerhardt, den Besuchern sehr eindrucksvoll die Unternehmenshistorie, das Marktumfeld, die strategische Positionierung und die Herausforderungen für die Zukunft aufgezeigt.

Die Firma Gerhardt wurden aus kleinen Anfängen 1948 von Adam Gerhardt (Großvater des jetzigen Chefs) gegründet. Später immer wieder kontinuierlich vergrößert.

Heute beschäftigt man 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und gehört mit zu den bedeuteten Bauzentren im Rhein-Main-Gebiet. Neben einem neuen erst vor einigen Monaten errichten 1.200 qm großen modernen Verkaufsgebäude, bietet der Neubau auch eine 2.000 qm große GaLa-Ausstellung auf dem Freigelände. Hier kann man sich Anregungen für Plätze und Gärten im Freien holen.

Die SPD-Parlamentarier und der Bürgermeister konnten sich vor Ort davon überzeugen, dass Service und Kundennähe, Qualität und Fachkompetenz neben dem innovativen Vertrieb zu den Stärken dieses Traditionsunternehmens in Dreieichenhain gehören.

Sehr eingehend hat man auch die Themen demographischer Wandel und Neubau der Südumgehung Dreieich-Buchsschlag/Sprendlingen diskutiert.

Da die Firma Gerhardt, neben anderen Firmen im Dreieichenhainer Gewerbegebiet, durch den Neubau dieser fast 50 Millionen Euro teuren Straße durch die Autobahnauffahrt im Gewerbegebiet in Dreieichenhain beeinträchtigt wird, lehnt Herr Gerhardt den Bau dieser Umgehungsstraße ab. Dabei stieß er auf offene Ohren bei den SPD-Politikern, die am 1. April in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Straße stimmen werden. Bürgermeister Dieter Zimmer ist insbesondere wegen der hohen Kosten auch gegen diese Straße.

Alles in allem waren die SPD-Politiker von der Firma Gerhardt Baustoffe sehr beeindruckt und man wird die regelmäßigen Betriebsbesichtigungen in Dreieich fortsetzen.



**Stellungnahme der SPD Offenthal zum Schreiben des Landtagsabgeordneten Honka an Herrn Minister Posch wegen der Umgehungsstraße Offenthal**

Mit Genugtuung stellt der SPD-Ortsbezirk Offenthal fest, dass sich der Landtagsabgeordnete Honka für die baldige Realisierung der Planung für die Offenthaler Ortsumgehung einsetzen will. In diesem Schreiben wird die Inkompetenz des Abgeordneten wieder einmal deutlich.

Er schreibt: „Gar nicht vorstellen möchte er (Honka) sich, was aus der Ortsumfahrung Offenthal geworden wäre, wenn die von der avisierten Rot-Rot-Grünen Landesregierung geplanten Kürzungen bei Straßenbau Realität geworden wäre“.

Tatsache ist, dass aufgrund eines Gespräches von Bürgermeister Dieter Zimmer, der Bundestagsabgeordneten Uta Zapf und von Staatssekretär Klaus-Peter Güttler (alle SPD) beim Bundesverkehrsminister in Berlin die Finanzierung der Bundesstraße sichergestellt wurde. Rot-Rot-Grün hat immer wieder bestätigt, dass diese Straße auf alle Fälle gebaut wird und auch die Landesmittel dafür bereitgestellt werden. Es ist eine Verdummung der Menschen in Offenthal, wenn man behauptet, eine Landesregierung könne den Bau einer Bundesstraße verhindert, für die der örtliche Bürgermeister Dieter Zimmer die Mittel in Berlin sichergestellt hat.

Herr Honka solle sich mit seinen Parteifreunden in Rödermark darum kümmern, dass der Planfeststellung von Seiten der Hessischen Landesregierung so abgefasst wird, dass keine Klage aus der von CDU und FDP dominierten Stadt Rödermark gegen die Planfeststellung in Offenthal erfolgt oder noch besser, er soll seine Parteifreunde in Rödermark davon abhalten, gegen die Offenthaler Ortsumgehung zu klagen.

Wäre Herr Honka am 14. August 2008 zu einer Informationsveranstaltung der SPD Offenthal mit Herrn Staatssekretär Güttler gekommen, dann hätte er da schon erfahren, dass die Planfeststellung im Frühjahr 2009 erfolgen wird, so hat er es wohl erst am 23.12.08 in einem Brief von Herrn Güttler erfahren. Für einen Landtagsabgeordneten kein Ruhmesblatt.

## **Rede des Fraktionsvorsitzenden Rainer Jakobi in der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Februar 2009**

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren

Anfang Januar 2009 erreichte uns eine Drucksache, in der unter Anderem zu lesen, war, der Kreuzungsausbau Rathenaustraße wird um 430.000,- € teurer als bisher kalkuliert. Schon wieder eine exorbitante Kostensteigerung.

In der Begründung, die noch die noch schwerer verständlich war als die anderen Begründungen von plötzlichen Kostensteigerungen, ergibt sich, dass auf Fachebene offenbar größere Auseinandersetzungen zwischen Dreieich und Neu-Isenburg stattgefunden haben. Es wird in der Vorlage Neu-Isenburg Vertragsuntreue unterstellt, allerdings ohne Begründung. Das ist dann in der Bauausschusssitzung auch wieder fallen gelassen worden.

Man kann sich vorstellen, dass bei dieser ich weiß nicht wievielten Kostenüberschreitung die Stimmung in der SPD-Fraktion am Kochen war. Es war neben dem Bürgermeister auch ich, der versucht hat, deeskalierend zu wirken. Ich habe gesagt: Wir müssen einmal hinterfragen, was denn eigentlich die Ursache der Kostenüberschreitung ist. Das wurde uns in der komplizierten Drucksache nämlich nicht mitgeteilt.

Bei der Debatte im Bauausschuss wurde schnell übereinstimmend eines klar: Die Kostensteigerungen lagen nicht an Neu-Isenburg. Neu-Isenburg war auch nicht vertragsuntreu. Als Grund wurde nunmehr erstmals genannt: Die Firma Dorsch Consult hat sich verkalkuliert.

Warum steht das nicht schon in der Drucksache? (unterstellt, es stimmt)

Ich habe dann gebeten, bis zum H+F in 2 Wochen insoweit eine Erklärung über die genauen Kalkulationsfehler zu liefern. Es wurde gesagt, man wisse nicht, ob Dorsch Consult das schafft.

Wir haben daraufhin als Fraktion beantragt, die Firma Dorsch Consult zum H+F zu laden.

Zwischenzeitlich hatte uns ein weiterer Bericht zu der Frage erreicht, der zur Ursache der Kostensteigerung (ich wiederhole: zur Ursache, das ist eigentlich das Erste, was interessiert) allerdings wieder nix sagt.

In der Sitzung des H+F haben dann die anwesenden Mitarbeiter von Dorsch Consult – und jetzt will ich wirklich zurückhaltend formulieren – alles andere als einen souveränen Eindruck gemacht. Sie haben in einem sehr schwer verständlichen Vortrag von 2 Jahren zeitlicher Verzögerung gesprochen, von einer nach der Kalkulation 2006 erhöhten Mehrwertsteuer. Um es klar zu sagen: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde 2005 beschlossen. Man hätte das bei der Kalkulation 2006 als wissen müssen. Das und vieles Andere hätte man eigentlich einmal gemeinsam hinterfragen müssen. Stattdessen wird Dorsch Consult jetzt verteidigt und auf meine konkrete Frage, ob das denn falsch ist, was uns im Bauausschuss gesagt wurde und was im Protokoll steht, nämlich, dass Dorsch Consult den Fehler gemacht hat, hat sich Frau Mühl erstmals in die Debatte eingeklinkt. Sie hat meine Frage sehr weitschweifig nicht beantwortet und wieder langatmig von Verhandlungen mit Neu-Isenburg erzählt. Auf meine dann sicher langsam genervte Nachfrage hat wieder die Leiterin des Fachbereichs eine Antwort, wenn auch keine befriedigende, gegeben.

Das Einzige, was in die Nähe einer Antwort der zentralen Frage nach der Ursache der Kostensteigerung kommt, sind die von Dorsch Consult verteilten dreieinhalb Seiten. Das ist aber stark hinterfragungsbedürftig. Da wird – neben der Mehrwertsteuer – erklärt, dass erst nach Vorlage eines Baugrundgutachtens genaue Rückschlüsse über die Tragfähigkeit des Baugrundes vorgenommen werden konnten. Da gibt es wabbelige Erklärungen, die ganz offenkundig herhalten sollten für die Begründung von 190.000,- € Kostenüberschreitung. Wenn man erst nach einem Baugrundgutachten genaue Rückschlüsse ziehen kann, warum sagt man uns das nicht bei der Kostenkalkulation?

Da gibt es dann – um aus Zeitgründen nur noch ein weiteres Beispiel zu nennen – als Begründung für 100.000,- € Erhöhung!! die Formulierung: „Erst im RE-Entwurf konnte Art und Umfang der weiteren Ausstattung genau spezifiziert werden. Hierzu zählen Straßenbeleuchtung, Bepflanzung im Umfeld sowie weitere notwendige Leistungsverlegungen und -Sicherungen.“

Hiermit werden Mehrkosten von 100.000,- € erläutert!

Und dieses Papier kommt nach dem Bauausschuss und nach mehrfacher Nachfrage nach der Ursache der Kostensteigerung genau zu einem Zeitpunkt, zu dem wir es nicht mehr vorbereitend zur Haupt und Finanzausschuss-Sitzung lesen können!

So weit so schlecht. wir nähern uns, nach mehreren Wochen des unerquicklichen Bohrens von dicken Brettern so langsam der Erklärung für die erneute Kostensteigerung.

Und ich will jetzt unser Verhalten zu der Drucksache erläutern: Tatsache ist, dass selbst bei den erhöhten Kosten der Anteil, den wir vom Land beim Weiterbau der Querspange Nord erstattet bekommen, größer ist, als unsere Kosten für die Querspange Teil B einschließlich der Kosten für die Rathenaukreuzung. Deshalb wird jeder, der nicht sagt, wir wollen die Straße auch nicht umsonst, die Mittel bereitstellen müssen. Tatsache ist aber auch, dass die Kostensteigerung bisher noch immer nicht ausreichend erklärt ist. Wir werden daher beantragen, die Mittel zu sperren und den H+F mit der Aufhebung zu beauftragen.

Unser Verhalten im Ausschuss jedenfalls kann ich vor dem Hintergrund Fehl- und Nichtinformation nur als moderat ansehen.

Und wenn Frau Mühl sich in einer noch an dem Abend nach der Haupt + Finanzausschuss-Sitzung verfassten Mail an den Bürgermeister darüber mokiert, dass „die Genossen“ auf Frau Kremer „herumgeprügelt“ haben. Und wenn Sie weiter wörtlich sie formuliert, „die Politik“ habe es mit Erfolg darauf angelegt, Menschen fertig zu machen, dann muss ich sagen, als ich das gehört habe, habe ich mich zunächst extrem aufgeregt, mir dann aber gesagt, „komm, das war direkt nach einer schwierigen Sitzung, vielleicht war das eine emotionale Überreaktion.“

Und das habe ich mir vor dem Hintergrund gesagt, dass ich mich bisher – wie ich denke – bis zu Grenze des Vertretbaren mit Angriffen Frau Mühl gegenüber nicht nur zurückgehalten habe. Ich habe Sie auch in der Bevölkerung nicht selten in Schutz genommen vor Angriffen, auch ungerechtfertigten, die so ein Amt sicher auch mit sich bringt. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich ärgere mich jetzt insoweit teilweise über mich selbst

Nachdem, was dann aber danach noch passiert ist und eingedenk der Tatsache, dass Sie jetzt völlig aus dem Ruder läuft, fordere ich sie auf, diese abenteuerlichen Formulierungen durch konkrete Angaben zu belegen:

Wer von der SPD-Fraktion hat mit welcher Aussage auf Frau Kremer herumgeprügelt – welche Äußerungen meinen Sie? – und aus welchen konkreten Äußerungen schließen Sie, dass es jemand – wer genau, etwa ich? – es darauf angelegt hatte, Menschen fertig zu machen.

Und dann ging es ja erst richtig los.

Per ordre de Mufti wurde dann ein Maulkorberlass in die Verwaltung kreiert, man darf – auch untereinander – nicht mehr direkt sondern nur noch über die gnädige Frau Dezernentin kommunizieren. Ich füge hinzu: sofern sie denn da und ansprechbar ist, sonst liegt die Verwaltung eben lahm.

Und da wird, nachdem sich nun wirklich jeder an den Kopf greift, von ihr noch die Mär verbreitet, so solle Verwaltung eigentlich funktionieren. So funktioniert Verwaltung gerade nicht und so funktioniert gar nichts in diesem Land sondern so wird verhindert, dass etwas funktioniert.

Und wenn Sie dann noch sagt, Sie wollte mit diesem Erlass Mitarbeiter schützen, dann schlägt das dem Fass den Boden aus.

Hat Frau Mühl irgendeinen Mitarbeiter einmal gefragt, ob er denn so geschützt werden will? Nach meinen Informationen nicht.

Und was ist denn das für ein Schutz, bei dem man mitteilt: Bei Nichtbeachtung dieser Verfügung behalte ich mir notwendige Konsequenzen vor?!

Sie droht ihren Schützlingen mit Konsequenzen für den Fall, dass sie nicht geschützt werden wollen!

In der Tat müssen die Mitarbeiterinnen und MA der Verwaltung geschützt werden, aber in erster Linie vor Frau Mühl!

Und noch was: Die angedrohte Konsequenzen können doch nur dienstrechtliche sein. Und wer ist Dienstvorgesetzter: Der Bürgermeister und zwar für alle Bediensteten. Der hat dann also dienstrechtlich über Maßnahmen zu befinden, wenn jemand ohne Ihre Erlaubnis mit ihm gesprochen hat. Absurder geht es gar nicht mehr.

Und wenn in dem Erlass steht, das sie auch bei einer etwaigen Sitzungsteilnahme entscheidet, ob anwesende Mitarbeiter sprechen, dann muss ich sagen: Dazu bedarf es keines Erlasses. Die Mitarbeiter dürfen nur sprechen, wenn sie es wünscht. Wusste sie auch das nicht? Hat Frau Kremer in H+F gegen die ausdrückliche Anweisung von Frau Mühl gesprochen? Warum ist sie dann nicht dazwischen gegangen? Ich kann es ihnen sagen: Frau Kremer hat gesprochen weil Frau Mühl zu den eigentlich interessierenden Fragen nicht wusste.

Dieser Erlass ist nicht nur ein beeindruckender Beweis ihrer Inkompetenz. Sie ist überfordert und legt aus reiner Hilflosigkeit die Verwaltung lahm.

Sie vergiftet die Atmosphäre zu einem Zeitpunkt, zu dem gerade ein wie ich denke hohes Maß an Sachlichkeit eingebracht war, ohne irgendeinen Grund unerträglich.

Das darf eine Stadtverordnetenversammlung, die die Verwaltung zu kontrollieren hat, nicht hinnehmen.

Es ist zu hoffen, dass sie selbst die nötigen Konsequenzen aus Ihrem Fehlverhalten zieht.

Die SPD-Fraktion wird es mit Sicherheit wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft nicht darauf anlegen, jemanden fertig zu machen.

Aber für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist jegliche Grundlage zusammengebrochen.

## **Der alte Mann und die Politik**

Als „hochnotpeinlich“ muss man die jüngsten Erklärungen des Dreieicher CDU-Ehrenvorsitzenden Hermanns über die aktuelle kommunalpolitische Situation in unserer Stadt bewerten. Man stelle sich vor, Angela Merkel wäre gezwungen, Altbundeskanzler Helmut Kohl aus der Versenkung zu holen, um noch jemanden zu finden, der ihre Politik verteidigt. Die Republik würde sich köstlich amüsieren. Der Fasching hätte Stoff wie lange nicht mehr. In Dreieich sieht sich die Politikikone Hermanns tatsächlich jetzt genötigt, mit gewohnt unqualifizierten und diffamierenden Äußerungen den untauglichen Versuch zu unternehmen, Andrea Mühl in aussichtsloser Situation zur Seite zu springen.

Der Vergleich ist jedoch nur vordergründig berechtigt. Während es die Bundes-CDU längst geschafft hat, sich von Helmut Kohl zu emanzipieren, steht die CDU Dreieich nach wie vor unter der Knute von Hermanns. Politische Insider sind Zeugen, wie Hermanns in jeder Stadtverordnetenversammlung und in jeder Ausschusssitzung, in der er anwesend ist, die Riege der CDU lenkt. Es ist schon lächerlich, wenn man sieht, wie der alte Mann in dem Glauben, niemand würde es merken, durch Gestik, Mimik und Handzeichen seine Fraktion dirigiert. Ist man in der ersten Reihe der CDU unaufmerksam, so wird per Fingerzeig jemand anders an die Magistratsbank vorgeholt und mit Instruktionen versehen zur Kommandozentrale der CDU-Fraktion zurück geschickt. Hermanns merkt nicht, wie die sich Vertreter der anderen Fraktionen über dieses Gebaren köstlich amüsieren. Das Schlimme für die Anhänger der CDU ist, dass Personen in dieser Partei, die versucht haben, der für aufrichtige Konservative unsäglichen Dominanz des Altvorderen Hermanns entgegenzuwirken, in den letzten Jahren kaltgestellt wurden oder scharenweise entnervt aufgegeben und der Politik den Rücken gekehrt haben.

Im Übrigen braucht man sich sicher nicht dezidiert mit den völlig inhaltsleeren und teilweise übel beleidigenden Verlautbarungen in der Erklärung Hermanns auseinanderzusetzen. Nur so viel:

Es ist absurd, wenn ausgerechnet einer der Hauptschuldigen für das Finanzdesaster in unserer Stadt dem Bürgermeister, der sich mit großem Einsatz bemüht, den auch von Hermanns angerichteten Schaden zu beseitigen, erklärt, er solle auch noch das Bauamt übernehmen. Soll denn die Stadthalterin von Hermanns im Rathaus von Dreieich künftig völlig von jeder Arbeit freigestellt werden, um bei voller Bezahlung durch die Stadt nur noch CDU Politik machen zu können? Das wäre auch evident rechtswidrig. Und für rechtswidrige Verfügungen ist in Dreieich Frau Mühl zuständig. Sofern Frau Mühl nicht mehr für die Stadt arbeiten und die unsägliche Geschichte „Andrea Mühl – Stadt Dreieich“ jetzt beenden will, ist die SPD bereit, mit Hochdruck an einer Lösung zu arbeiten, die allen Beteiligten gerecht wird. Zur Finanzierung einer persönlichen Referentin von Hermanns hat die Stadt jedoch kein Geld.

Abschließend sei angemerkt: Soweit Hermanns unseren Bürgermeister Dieter Zimmer ohne jegliche Begründung als verlogen bezeichnet, hat er damit auf absehbare Zeit jede Gesprächsbasis zwischen der SPD und der von ihm dominierten CDU zerstört.

**Brief des Fraktionsvorsitzenden Rainer Jakobi  
an Erste Stadträtin Andrea Mühl – 19.02.2009**

Sehr geehrte Frau Mühl,

im Anschluss an die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses haben Sie die Aussage gemacht, „die Genossen“ hätten auf „Frau Kremer herumgeprügelt“ und „die Politik hätte es darauf abgesehen, einen Menschen fertig zu machen“.

Da ich anfangs dachte, dies sei eine aus einer momentanen Verärgerung heraus gemachte Äußerung, habe meiner eigene Verärgerung über diese – wie ich denke, völlig haltlosen – Ausführungen unterdrückt nicht weiter reagiert.

Nachdem Sie aber nunmehr das vermeintlich schwerwiegende Fehlverhalten meiner Fraktion zum Anlass genommen haben, einen Erlass herauszugeben, der in zentralen Teilen rechtswidrig ist, die Verwaltungsarbeit in dieser Stadt unerträglich lähmt und das Klima sowohl in der Politik wie auch in der Verwaltung völlig vergiftet, besteht dringender Aufklärungsbedarf.

Meiner Aufforderung in der Stadtverordnetenversammlung, Ihre abenteuerlichen Formulierungen durch konkrete Angaben zu belegen sind Sie bisher nicht nachgekommen

Ich fordere Sie deshalb auf diesem Wege nochmals schriftlich auf, die von Ihnen erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe, die gegen mich und meine Kollegin Dr. Eisenhauer gerichtet sind (andere Fraktionskollegen haben sich an der konkreten Debatte nicht beteiligt), entweder umgehend öffentlich zurückzunehmen oder zu konkretisieren. Ich verlange mit Nachdruck die Beantwortung der Frage, aus welchen konkreten Äußerungen Sie schließen, dass entweder Frau Dr. Eisenhauer oder ich nicht in der Intention gehandelt haben, endlich Aufschluss über die Ursachen der Kostensteigerung beim Ausbau der Rathenaustraße zu erhalten, sondern das Ziel verfolgten, einen Menschen fertig zu machen.

Weder Frau Dr. Eisenhauer noch ich noch von uns gefragte andere Personen können sich an Äußerungen erinnern, die einen solchen Schluss nahe legen. Auch das Protokoll des Haupt- und Finanzausschusssitzung bietet hierfür keine Grundlage.

Ich gehe davon aus, dass Sie trotz Ihrer Arbeitsbeanspruchung, die aufgrund Ihres eigenen Erlasses sicher noch gestiegen sein dürfte, bis zum Ende des Monats in der Lage sind, eine plausible Antwort zu geben.

Schließlich möchte ich das Schreiben noch zum Anlass nehmen, Ihnen im Namen meiner Fraktion mitzuteilen, dass die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses Sie selbstverständlich nicht von der Verpflichtung entbindet, endlich konkreter über die Ursachen der Kostensteigerungen beim Ausbau der Rathenaustraße zu informieren. Das ist nämlich noch immer nicht geschehen. Der Kollege Fritzschnier hat den praktischen Vorschlag gemacht, die abweichenden Punkte beider Kalkulationen in einer Excel-Tabelle gegenüber zu stellen. Jede andere plausible Darstellung würde von uns aber ebenfalls akzeptiert werden.

Hochachtungsvoll  
Rainer Jakobi

## **SPD zufrieden: LKW-Durchfahrverbot Innenstadt Sprendlingen erreicht**

Die SPD-Fraktion ist erfreut über das jetzt endlich zustande gekommene LKW-Durchfahrverbot für die Sprendlinger Innenstadt. Das Wort 'endlich' bezieht sich auf einen Antrag der SPD-Fraktion vom 7.3.2007 zu genau diesem Thema, um die hohe LKW Belastung aus den Straßenzügen Frankfurter Straße, Hauptstraße und Darmstädter Straße als reine Innerortsstraßen herauszubekommen. Der Antrag wurde seinerzeit in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen. Doch Behördenmühlen mahlen langsam. Erst in der letzten Bauausschuss-Sitzung Ende Januar 2009 konnte der SPD-Fraktion die positive Nachricht für die Innenstadt Sprendlingen auf Nachfrage mitgeteilt werden. Fast zwei Jahre hat das Hick-Hack zwischen der Stadt Dreieich – hier Fachbereich Bürger und Ordnung – und allen möglichen überörtlichen Verkehrsbürokraten gedauert, bis jetzt die Entlastung der Innenstadt Sprendlingen erreicht wurde.

Wie die Genehmigung aussieht, geht aus dem Protokoll des Bauausschusses hervor. Ich zitiere: "Sperrung des LKW-Verkehrs ab 12 Tonnen von Langen (Süden) kommend auf der L 3262 nach der Zufahrt zum Gewerbegebiet Dreieichenhain (komplett) und Sperrung des LKW-Verkehrs ab 12 Tonnen in der Frankfurter Straße und Offenbacher Straße aus Richtung Norden kommend ab der Maybachstraße jeweils mit dem Zusatz 'Lieferverkehr frei'. In Langen sollen bereits Hinweisschilder auf die Sperrung hinweisen".

Das hört sich gut an. Jetzt müssen nur noch schnellstmöglich überall die entsprechenden Schilder aufgestellt werden und es muss regelmäßig eine Kontrolle erfolgen. Auch das wird klappen. Die SPD-Fraktion ist sehr zufrieden mit dem Erreichten. (Rolf Mühlbach, Pressesprecher)

## **Haus Dietrichsroth: CDU-Bedenken aus der Luft gegriffen**

Auch ohne den CDU-Brief an den Magistrat wird das Haus Dietrichsroth in nächster Zeit optimal umgebaut. Die Johanniter als Träger, das vorliegende Konzept und nicht zuletzt die Leitung des Hauses Dietrichsroth stehen dafür, dass die hohe Qualität des Hauses auch in Zukunft gewährleistet ist.

Das Vertrauen in die Johanniter und ihre Mitarbeiter stehen für die SPD außer Frage. Wissen wir doch nur zu gut, dass es die Johanniter waren, die das Haus Dietrichsroth aus der sehr schlimmen finanziellen Situation gerettet haben. Selbstverständlich wird das Haus Dietrichsroth heute unter dem Gesichtspunkt geführt, dass keine Verluste gemacht werden. Wie denn sonst? Woher sollen denn die Investitionen kommen, wenn nicht aus den Rücklagen aus Einnahmen?

An dieser Stelle müssen wir die CDU an ihre Argumentation bei der Diskussion um das neue Seniorenheim in der Eisenbahnstraße erinnern. Unsere noch immer zu recht bestehenden Fragen zu Baukörper und Innengestaltung dieses Seniorenheimes wurden letztes Jahr lapidar mit dem Hinweis auf die freie Marktwirtschaft und die freie unternehmerische Gestaltung des Bauvorhabens abgetan. Es verwundert uns schon, dass die CDU nun das ausgereifte Umbaumodell der Johanniter so heftig kritisiert. Freie Marktwirtschaft ade!

Die CDU-Aussage zum Johanniter-Modell, "dass in Zukunft alles Neue darauf ausgerichtet sei, im kleinsten Rahmen den höchsten kommerziellen Nutzen zu erzielen", ist natürlich blanker Unsinn. Richtig ist: Die Beschäftigungstherapie, die man in anderen Pflegeheimen meist vergeblich sucht, wird ihren Stellenwert behalten, auch wenn einige Quadratmeter weniger zur Verfügung stehen. Dass mehr Parkplätze benötigt werden, weiß bereits schon heute jeder, der das Haus besucht. Dass die Zimmer 14qm groß sein sollen, hat seine Begründung in den Erfahrungswerten des Pflegepersonals.

Die SPD Dreieichenhain hat mit den Leiterinnen des Hauses, Frau Schnaudt und Frau Gems, vor nicht zu langer Zeit ein Informationsgespräch geführt, das zum Ergebnis hatte, dass auch nach dem Umbau das hochwertige Angebot des Hauses Dietrichsroth beibehalten wird. Und wir mussten noch nicht mal einen weinerlichen Klagebrief an den Magistrat schicken. (Rolf Mühlbach)